

BÜCHER

Deutschlands Gesellschaft im „zweiten Dreißigjährigen Krieg“

Rezension von: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band.
Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten
1914-1949, Verlag C. H. Beck, München 2003, 1173 Seiten, € 51,30.

Mit dem vorliegenden Band hat Hans-Ulrich Wehler, emeritierter Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld, den vierten Teil seiner groß angelegten deutschen Gesellschaftsgeschichte ab 1700 vorgelegt. Anders als 1987, im Jahr des Erscheinens der ersten beiden Teile, geplant, soll das Gesamtprojekt mit einem fünften Band über die Periode bis zur Wiedervereinigung abgeschlossen werden.

Ziel dieser Strukturgeschichte der deutschen Gesellschaft im „Zeitalter der Extreme“ (Eric J. Hobsbawm) sei es, so der Autor im Vorwort, den Nationalsozialismus und den damit verbundenen Zusammenbruch humaner, zivilisierter und liberaler Werte „aus den Zusammenhängen und Bedingungen der neueren deutschen Geschichte zu begreifen“ (S. XXII), ohne dabei transnationale Entwicklungen zu vernachlässigen. (Auf diese Erklärungszusammenhänge beschränkt sich diese Besprechung.)

Im Hinblick auf die Methodik bleibt Wehler dem Ansatz der vorangegangenen drei Bände treu: Anstelle chronologischer Ereignisgeschichte steht die theoriegeleitete und problemorientierte Strukturgeschichte der Gesellschaft im Vordergrund. Wirtschaft, Sozialstruktur, politische Herrschaft und Kultur werden dabei als zentrale „Achsen“ des gesellschaftlichen Transformationsprozesses gesehen. Diese vier Dimensionen und die Wechselwirkungen zwischen ihnen werden in ihrer historischen Entwicklung analysiert.

Die fatalen politischen Folgen des Krieges

Mit dem Ersten Weltkrieg endete das „lange 19. Jahrhundert“, begann der „zweite Dreißigjährige Krieg“ (Charles de Gaulle). Nach dieser „Urkatastrophe Europas“ (George F. Kennan) war fast alles anders. Der Weltkrieg übte einen tieferen Einfluss auf alle beteiligten Völker, auf ihre Wirtschaft und Sozialstruktur, ihre Staatsverfassung und Innenpolitik, ihre Mentalität und Wertewelt aus „als jedes andere Großereignis seit 1789“ (S. 3).

In Deutschland verstärkte und radikalisierte der Krieg bereits bestehende Tendenzen und brachte ganz neue Phänomene hervor. Vieles, was in der ersten, kriegsgeschüttelten Phase der Weimarer Republik und/oder erst ab 1933 voll zur Geltung kam, war in diesem nahezu totalen Krieg schon angelegt. Wehler hebt vor allem folgende Aspekte hervor, welche das demokratische Experiment in Deutschland schwer belasten sollten:

1.) Der deutsche Nationalismus, der bereits das Kaiserreich bestimmt hatte, steigerte sich zu einer Extremideologie, und dieser Radikalnationalismus dehnte seinen gesellschaftlichen Einflussbereich aus.

2.) Zur Ausbreitung des extremen Nationalismus im Bürgertum und darüber hinaus trug die Propagierung der kriegsverherrlichenden, antiliberalen, antidemokratischen und antikapitalistischen „Ideen von 1914“ wesentlich bei. Sie bildeten eine Gegenideologie zur westlichen Idee einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

3.) Zu den extrem expansionistischen Kriegszielen der deutschen Führung zählten die wirtschaftspolitische Neuordnung Mitteleuropas und die Errichtung eines deutschen Imperiums im Osten. Mit dem letztgenannten Ziel waren bereits radikale und rassistische Vorstellungen wie ethnische Säuberung und Germanisierung verbunden. Hitler konnte hieran mit seiner „Lebensraum“-Politik und seinem biologisierten ethnischen Nationbegriff unmittelbar anschließen.

4.) Sobald sich die deutsche Niederlage abzeichnete, nutzten völkisch-rassistische Verbände den Antisemitismus massiv als Ablenkungsstrategie. Zum Sammelbecken des neuen antisemitischen Rechtsradikalismus wurde der „Deutsche Schutz- und Trutzbund“.

5.) Das Militär, das ab 1871 bereits einen Sonderstatus genossen hatte, wurde noch einmal stark aufgewertet.

6.) Die Erfahrungen im industrialisierten Massenkrieg, insbesondere der Beliebigkeit des Todes, ließ bei vielen Kriegsteilnehmern eine weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben entstehen, die Hemmschwelle gegenüber Gewalt sank wesentlich. Die Entschlossenheit extremistischer Gruppen und Parteien der Folgezeit, für die Durchsetzung ihrer Ziele äußerste Gewalt – unter Einschluss von Massenmord an Gegnern und Unerwünschten – anzuwenden, ihre Verachtung, ja Negierung des Individuums waren fürchterliche Konsequenzen.

7.) Der Krieg nahm den überkommenen Weltbildern ihre integrierende Überzeugungskraft und verlieh totalitären Utopien eine verführerische Attraktivität. Die Deutsche Vaterlandspartei, eine rechtsradikale Massenpartei mit präfaschistischen Zügen, fasste 1917/18 Radikalnationalisten, Antisemiten und Anhänger einer Militärdiktatur zusammen. Ihre Parolen lebten in den rechtsradikalen Strömungen der Republik fort, bis sie von den Nationalsozialisten neu aufgegriffen wurden.

8.) Die Antagonismen zwischen dem Proletariat und den bürgerlichen Erwerbs- und Besitzklassen verschärfen sich, von einer „Burgfriedens-Gemeinschaft“ konnte keine Rede sein. Der weit verbreitete Wunsch nach Beendigung des Klassenkampfes und nach sozialer Integration nährte unterschiedliche Utopien; am erfolgreichsten erwies sich in den dreißiger Jahren das Trugbild einer sozialharmonischen „Volksgemeinschaft“.

9.) Mit dem Ausscheren der USPD und der Gründung der KP zerfiel die Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Aus der kommunistischen Sekte wurde die zweite totalitäre Flügelpartei der Weimarer Republik.

Revolution und Kompromisse

In der ersten Phase der Revolution (November 1918 bis Ende Jänner 1919) wurde überall die Monarchie gestürzt und im Verlaufe einer Verfassungsrevolution die Republik etabliert. Ein breiter Konsens, der auch die meisten Räte umfasste, trug die Entscheidung des „Rates der Volksbeauftragten“, so schnell wie möglich einer Nationalversammlung die Ausarbeitung einer republikanischen Verfassung anzuvertrauen. Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden am 19. 1. 1919 statt. Die Parteien der „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum und DDP) gewannen 76,1% der Stimmen.

Von Anfang an stießen die neue Ordnung, ihre Repräsentanten und die sozialpolitischen Reformen unter den Militärs, den Unternehmern, in der Bürokratie, in weiten Teilen des Bürgertums und von Seiten der Großagrarier auf schroffe Ablehnung und entschiedenen Widerstand. Dabei beschränkte sich Letzterer keineswegs nur auf die Auseinandersetzungen in den verfassungsmäßigen Institutionen der Legislative und auf Obstruktion in Exekutive und Justiz. Die extreme Rechte versuchte mit Erfolg, die Stimmung durch gezielte Desinformation zu beeinflussen und eröffnete einen außerparlamentarischen Kampf, der häufig auch vor Mord nicht zurückschreckte.

Wehler betont in diesem Zusammenhang drei Aspekte:

- * Der Obersten Heeresleitung war es gelungen, die Verantwortung für die militärische Niederlage abzuwälzen, indem sie den neuen Kanzler Max von Baden dazu bewegt hatte, am 4. 10. 1918 das Gesuch um Waffenstillstand abzusenden. Für weite Kreise trugen die Politiker der demokratischen Parteien die Schuld an der Niederlage und an den harten Bedingungen des Versailler Diktats. Die von hohen Militärs und rechtsextremen Verbänden geschickt lancierte „Dolchstoßlegende“, welche den militärischen Zusammenbruch den Linksparteien und jüdischer Wühlarbeit im Hinterland anlastete, trug wesentlich zu diesem Geschichtsbild bei. Mit seiner dreisten Lüge vor einem Untersuchungsausschuss sanktionierte Hindenburg die Dolchstoßlegende gewissermaßen. Und die SPD scheute aus Angst vor erbarmungsloser Stigmatisierung durch die Rechte davor zurück, jene Akten zu veröffentlichen, welche die Kriegsschuld der deutschen Führung und die Verantwortung der OHL an der militärischen Niederlage dokumentierten.

- * Eine Mehrheit stand der Revolution ablehnend, ja feindselig gegenüber, verband sie diese doch mit dem Makel der Niederlage, dem Verzicht auf Kriegsziele, dem „Schandfrieden“ von Versailles und der „Sklaverei“ der Reparationszahlungen. Eine umfassende Revision der Kriegsergebnisse einschließlich der Revolution erschien als das einzige Heilmittel. „Ein unversöhnlicher, müheelos radikaliserbarer Revisionismus hielt sich seither als Grundakkord in der deutschen Öffentlichkeit.“ (S. 410) Auf der ultranationalen Rechten herrschte blanker Hass auf Linksparteien, Revolution, Demokratie und Republik.

- * Mit paramilitärischen Verbänden, Kampfbünden und Parteiarmeen tauchten neue Phänomene der Innenpolitik auf. Aus den Freikorps der Revolutionszeit gingen die rechtsextremen Kampfbünde wie die „Organisation Consul“ hervor, die für den Großteil der über 400 politischen Morde (u. a. von Erzberger und Rathenau) verantwortlich war, welche diese bis 1924 verübten. Diese militanten Vereinigungen waren eng in das Netzwerk rechtsradikaler Bünde verflochten. Das Scheitern der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols schlug sich in den

bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen nieder, welche in den Jahren 1919-23 und erneut 1929-1933 viele deutsche Regionen erfassten.

Die Weimarer Republik gründete auf der Überwindung der Revolution, denn noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung kam es zu einer Reihe grundlegender Kompromisse zwischen der Regierung und wesentlichen Machtblöcken, vor allem mit der Reichswehr, der Beamtenschaft, dem ostelbischen Adel und den Arbeitgeberverbänden. Diese Basiskompromisse sicherten die neue Staatsform ab, stellten aber zugleich auf längere Sicht schwere Belastungen für die Demokratie dar:

1.) Der Pakt mit der militärischen Führung entzog die Reichswehr de facto der Regierungshoheit und der parlamentarischen Kontrolle. Der Reichswehr gelang es, zu einem Staat im Staate zu werden. Die Chancen, im Jänner 1919 eine republikanische Miliz aufzustellen bzw. nach dem Kapp-Putsch, als sich die Reichswehr geweigert hatte einzugreifen, das Offizierskorps zu säubern, wurden nicht genutzt.

2.) Wie im Falle des Militärs ließ die revolutionäre Regierung aus Angst vor dem Chaos den Verwaltungsapparat und die Richterschaft unangetastet. Die Beamtenschaft bildete eine Bastion monarchistischer Gesinnung und agierte im alten Stil. Die Justiz war auf dem rechten Auge weitgehend blind. Zahlreiche Skandalurteile desavouierten die Republik und untergruben ihre Legitimität. Wehler muss freilich konzedieren, dass sich die Justizentscheidungen durchaus auf der Linie der republikfeindlichen Majorität der Bevölkerung bewegten. Das Beispiel Preußen zeigte, dass sehr wohl eine schrittweise „Republikanisierung“ der Bürokratie möglich war. An potenziellem administrativem Führungspersonal fehlte es den demokratischen Parteien jedenfalls nicht.

3.) In Ostelbien wurde auf jede Boden- und Verwaltungsreform verzichtet. Der Adel behielt dort die Vorherrschaft in der ländlichen Gesellschaft. Er dankte es der Republik nicht, sondern zählte zu jenen Gruppierungen, die unablässig auf die Revision der politischen Ordnung drängten.

4.) Der Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital vom November 1918, der den Kriegskorporatismus fortsetzte und die Wirtschaftsordnung sowie die Eigentumsverhältnisse unangetastet ließ, hielt nicht lange. Mit der Niederschlagung der linken Aufstände verschob sich die Machtbalance zugunsten der Unternehmer, die daraufhin aus der Notallianz ausscherten und darauf hinarbeiteten, den „revolutionären Schutt“ im Bereich der Sozialpolitik Schritt für Schritt zu beseitigen.

Diese Kompromisse mit traditionellen Eliten bildeten neben dem formalen Grundgesetz einen Teil der realen Verfassung der Weimarer Republik. Ein befreiender institutioneller Umbau und ein umfassender Elitenwechsel blieben aus. Die junge Republik wurde befestigt, aber um den Preis des Fortbestands der alten Machtkonstellationen. Die traditionellen Eliten aus Verwaltung, Politik, Militär und Wirtschaft behielten ihre Bastionen und unterstützten ab Ende der zwanziger Jahre den Übergang zu einem autoritären Regime, wurden schließlich zu Steigbügelhaltern des Nationalsozialismus.

Zweifelloos besaß die revolutionäre Regierung mehr politischen Spielraum, als sie glauben machen wollte. Die historische Situation „hätte auch andere politische Experimente zugelassen – mit unsicherem Ausgang, gewiss, aber den ominösen linearen Sachzwang zu der dann gefundenen Problembehandlung gab es

nicht“ (S. 222). Die politische Mentalität der SPD-Führung, ihre Erfahrungen mit pragmatischer Politik kleiner Schritte und ihre Perzeption der restriktiven Rahmenbedingungen ließen sie davor zurückschrecken, in der Umbruchphase 1918/19 in größerem Ausmaß grundlegende demokratische Reformen durchzusetzen.

Bürgerkrieg und Hyperinflation

Die junge Republik wurde bis 1923 von einer ökonomischen und politischen Dauerkrise geschüttelt, die gravierende Folgen zeitigte:

In dieser Phase ging die galoppierende Teuerung, die ihren Ausgang im Krieg genommen hatte, in eine Hyperinflation über. Diese zerstörte die Währung, senkte den Lebensstandard und stülpte die Vermögensverteilung um. Das Bildungsbürgertum hatte bereits im Krieg außerordentliche Realeinkommenverluste hinnehmen müssen, hatte das in Kriegsanleihen angelegte Vermögen verloren, ehe die Hyperinflation schockartig alle Reserven, den bescheidenen Wohlstand und die für selbstverständlich gehaltene Basis des Lebensstils zerstörte. In dieser tiefen Orientierungskrise wandten sich weite Teile des Bürgertums von den demokratischen Parteien ab und den Radikalnationalisten zu.

In politischer Hinsicht waren die zweite und die dritte Phase der Revolution¹ und die nachrevolutionäre Krisenphase von Streikwellen und Aufständen der extremen Linken sowie Putschversuchen der extremen Rechten gekennzeichnet, so dass in einigen Regionen zeitweilig bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Gewalt war ein alltägliches Mittel der politischen Auseinandersetzungen. Hunderte von politischen Morden stellten das Rechtssystem in Frage. Die demokratischen Parteien erlitten schweren Aderlass an Führungspersonlichkeiten. Die kommunistischen Aufstände wurden von Polizei, Militär und Freikorps mit äußerster Brutalität niedergeschlagen. In der nachsichtigen Behandlung der Teilnehmer der rechtsradikalen Putschversuche zeigte sich die Einseitigkeit der Justiz. Der Hochverrat der Reichswehrführung während des Kapp-Putsches im März 1920 hatte nicht etwa Prozesse gegen die Verantwortlichen, sondern die Entfernung von republiktreuen Offizieren zur Folge! Es kann daher schwerlich verwundern, dass die Weimarer Koalition der demokratischen Parteien bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 ihre Mehrheit verlor. Schon zu diesem Zeitpunkt konnte sich die Republik nicht mehr auf eine Majorität der Wählerschaft stützen! Die Rechtsparteien, die die Rückkehr zur Monarchie oder ein autoritäres Regime befürworteten, sahen sich in ihrem antirepublikanischen Widerstand bestätigt.

Angesichts der Abfolge bürgerkriegsähnlicher Krisen grenzte es an ein „politisches Wunder“ (S. 397), dass der junge Staat überlebte. Seine Abwehrkräfte waren allerdings massiv geschwächt, als wenige Jahre später die Depression hereinbrach.

Umbrüche im politischen System

In Bezug auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Weimarer Republik schreibt Wehler von einer „extremen Gemengelage“ (S. 229): Kontinuität in der Wirtschaftsordnung, der Sozialstruktur und den kulturellen Institutionen stand tief greifender Wandel in der Verfassung, in den politischen Leitbildern und Mentalitäten

sowie im Parteiensystem gegenüber.

Die folgenschwersten Bestimmungen der im August 1919 beschlossenen Weimarer Reichsverfassung waren jene über das Staatsoberhaupt: Der Reichspräsident hatte das Recht zur Nominierung des Reichskanzlers, den Oberbefehl über die Reichswehr, er verfügte über die begründungsfreie Befugnis zur Auflösung des Reichstags und konnte in Krisenzeiten mittels des Notverordnungsartikels 48 WRV geradezu eine Diktatur ausüben. Seit der Wahl Hindenburgs 1925 war die politische Rechte bestrebt, die Machtfülle des Reichspräsidenten dazu zu benützen, politische Änderungen in ihrem Sinne zu bewerkstelligen.

Die politische Kultur Deutschlands war nach wie vor durch ein hohes Maß an Parteienskepsis und einer Neigung zu einem autoritären Stil gekennzeichnet. Die weitgehend voneinander abgeschotteten politischen Milieus des Kaiserreichs – konservativ-autoritäres, liberales, sozialdemokratisches und katholisches – bestanden fort. Entscheidend für politische Konfliktregelung sind nicht nur funktionstüchtige Institutionen und Organisationen, sondern auch geteilte normative Grundüberzeugungen und politische Werte. An diesen mangelte es der Weimarer Republik: Kein Grundkonsens zähmte die Auseinandersetzung. Die Parteien verstanden sich in erster Linie als Vertreter ihres Lagers, sie verfolgten ihre ideologisch fundierten Ziele vielfach ohne Rücksicht auf die politischen Folgekosten für das gesamte Gemeinwesen. Beides erschwerte die Kompromissbildung ungemein. Mit der tiefen Fragmentierung war daher auch eine extreme Instabilität der Regierungen verbunden. Gleichzeitig war die Personalrotation dort sehr gering, was Vorwürfe gegen vermeintliche Bonzenwirtschaft auslöste.

Das alte Parteienspektrum, das sich bereits 1848 herausgebildet hatte, bestand in seiner charakteristischen Fünferkonfiguration (Konservative: DNVP; katholisches Lager: Zentrum, bayerischer Ableger BVP; Nationalliberale: DVP; Linksliberale: DDP; Sozialdemokraten: SPD, vorübergehend mit eigenständigem linken Flügel USPD) bis 1928 fort. 1919/20 tauchten die totalitären Flügelparteien KP und NSDAP auf, deren Erfolge ab Ende der zwanziger Jahre das bisherige Parteiensystem sprengten.

Der Aufstieg der autoritären und totalitären Gruppierungen und der damit einhergehende Niedergang des demokratischen Lagers vollzog sich in einigen Etappen: Die Kräfte für eine republikanisch-demokratische Ordnung erreichten nur unmittelbar nach Niederlage und Revolution eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Im Juni 1920 war die Weimarer Koalition bereits nicht mehr mehrheitsfähig. In dieser Reichstagswahl zeichnete sich das Anwachsen der autoritären Rechten, vornehmlich der DNVP, bereits ab. Die Wahl Hindenburgs 1925 bestätigte, dass die Republik einer republikfeindlichen Mehrheit gegenüberstand, zeigte einen „stillen Verfassungswandel“ (S. 513) an, geradezu eine Umgründung der Republik im Sinne des Rechtslagers. Bei den Reichstagswahlen 1924 und 1928 erreichte die autoritäre und totalitäre Rechte jeweils deutlich höhere Stimmenanteile als 1920. Ausgerechnet in der sog. Stabilitätszeit erodierte die Wählerschaft der beiden liberalen Parteien. „Dieser Stimmenschwund der Liberalen war das entscheidende Ereignis des Weimarer Parlamentarismus, weil er die republikanische Mitte von innen heraus lähmte“, ² eine Dauerstimmung abgründiger Unsicherheit erzeugte, welche die Kräfte, die für eine Abkehr vom Parlamentarismus und ein autoritäres Präsidialregime eintraten, zugute kam. 1930 bildete sich die rechte

Hälfte des Elektorats durch den Aufschwung der NSDAP auf Kosten der DNVP und der liberalen Restparteien um. Der Aufstieg der KP erfolgte zu Lasten der Sozialdemokraten. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 schließlich gewannen die totalitären Flügelparteien die Blockademehrheit.

Geistige Wegbereiter des Rechtstotalitarismus

Publizistisch und organisatorisch wurde der Aufstieg der autoritären und totalitären Kräfte auf der Rechten vorbereitet und unterstützt von rechtskonservativen, radikalnationalistischen und antisemitischen Gruppierungen:

* Die Universitäten waren wahre Treibhäuser der extremen Rechten. Protagonisten der „Konservativen Revolution“ übten radikale Kritik von rechts an den geistigen Fundamenten und am Institutionengefüge der Republik. Prominentester Vertreter dieser antibürgerlichen, antiliberalen, antidemokratischen und antiaufklärerischen Ideengemenges war der Rechtswissenschaftler Carl Schmitt. In der autoritären Ordnung des italienischen Faschismus sah er ein vorbildliches Staatsmodell. Letztlich verfocht Schmitt eine radikale Auslieferung aller Begriffe des Rechts und der Ethik an die Macht. Innere und äußere Konflikte des totalen Staats seien mit äußerster Radikalität auszutragen. Wehler hebt die verhängnisvolle Rolle Schmitts, seinen Beitrag zur „voranschreitenden Barbarisierung des deutschen politischen Denkens“ (S. 427) besonders hervor.

* Antisemitischen Organisationen wie dem bereits erwähnten „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ ging es um die publizistische Verbreitung und politische Aktivierung antijüdischer Ressentiments. Durch perfide Vorwürfe wurde jüdischen Deutschen die Rolle unermüdlicher Feinde des Reiches zugewiesen: Juden hätten den Dolchstoß in den Rücken des unbesiegten Heeres geführt und als Revolutionäre die Monarchie zu Fall gebracht, die Verzichtspolitik ausgeführt. In der Krisenphase 1918-23 waren die antisemitischen Verbände an politischem Terror und Mord wesentlich beteiligt.

* Das Ziel der radikalen, sozialdarwinistisch und rassenbiologisch argumentierenden Nationalisten war ein ethnisch homogener Nationalstaat. Nach dem Ende des Kaiserreichs galt nicht mehr der Staat, sondern das Volk als Träger der nationalen Mission. Die zunehmende Ausstrahlungskraft des extremen Nationalismus war eine Folge der „Ideen von 1914“ und der Kriegszieleuphorie, der Weltkriegserfahrungen und des Schocks der Niederlage, der Revolution und des Versailler „Schandfriedens“, insbesondere der „Reparationsknechtschaft“, des Bürgerkriegs und der Hyperinflation, zuletzt noch der Erschütterungen durch die Weltwirtschaftskrise. Unter der extremen Krisenkonstellation der Depression verwandelte sich der Radikalnationalismus zu einer Art politischer Religion, deren Glaubensinhalte nicht mehr hinterfragt wurden.

Der Nationalsozialismus ist somit nicht als ein völlig neues Ideenkonglomerat zu sehen. Er konnte an Traditionsbestände anknüpfen, die schon im Kaiserreich vorhanden gewesen waren, und profitierte von den publizistischen und propagandistischen Aktivitäten der Neuen Rechten, der antisemitischen und völkischen Verbände. In erster Linie sei der Nationalsozialismus, so Wehler, als eine elastisch erweiterte Version des Radikalnationalismus zu interpretieren. Auf der Kontinuitätslinie der politischen Rechten lagen auch sein Antimarkxismus und Antisemitismus, seine antiliberalen und antidemokratischen Aversionen.

Wehler nennt vier wesentliche Integrationsklammern der rechtsextremen Volkspartei, zu der die NSDAP zwischen 1928 und 1932 aufstieg:

1.) Unter all den Schubkräften, die den Nationalsozialismus vorantrieben, verkörperte der Radikalnationalismus die stärkste Dynamik. Hitlers Bewegung stand in den Augen vieler WählerInnen für die Tilgung des „Schandfriedens“, die radikale Revision der Ordnung von Versailles, den Wiederaufstieg zu nationaler Größe.

2.) Der Nationalsozialismus war die Hitler-Bewegung: „Ohne Hitler wäre der Nationalsozialismus aller Wahrscheinlichkeit nach eine ordinäre autoritär-nationalistische Partei mit diffusen Zielen geblieben, wie es sie mancherorts gab, ohne aber zu einer der verhängnisvollsten Destruktivkräfte des 20. Jahrhunderts aufsteigen zu können.“ (S. 551) Wehler sieht in Max Webers Konzept der charismatischen Herrschaft den überzeugendsten Ansatz für die Aufklärung der Wechselwirkungen zwischen dem „welthistorischen Individuum“ (S. 551) Hitler und der deutschen Gesellschaft. Gemäß dieser Theorie stehen der charismatische Führer und die Gesellschaft, die nach ihm verlangt, ihn trägt, ihn mit ihrer Loyalität bestätigt, in einer dynamischen Wechselbeziehung. Charismatische Herrschaft ist also eine soziale Dauerbeziehung, keineswegs eine abgehobene Despotie. Als Hitler 1928/29 nicht mehr als Exponent einer bayerischen Exotenpartei, sondern als republikweit wirkende Symbolfigur des neuen Rechtstotalitarismus in die Arena der gesamtstaatlichen Politik trat, traf er auf eine gesellschaftliche Erwartungshaltung, die einem neuen politischen Messias entgegenfieberte, der den Weg aus der Misere weisen sollte.

3.) Der Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung auf der Rechten hing bis 1929 ganz wesentlich damit zusammen, dass sie die im völkischen Lager vorhandenen antisemitischen Ressentiments mobilisierte und radikalisierte und auf diese Weise Personen von dort anzog. Ihre Führungskader stammten großteils aus antisemitischen Organisationen.

4.) Bedenkenlos bedienten die Nationalsozialisten „alle Interessen mit einem nackten Populismus, der jedem Adressaten seine vorrangigen Wünsche zu befriedigen versprach“ (S. 568). Das utopische Trugbild einer nationalen, sozialharmonischen und meritokratischen „Volksgemeinschaft“ bildete ein überaus attraktives Angebot an die weit verbreiteten Hoffnungen einer Überwindung der tiefen sozialen Antagonismen:

* Der Untergang der Monarchie und die Vermögensverluste durch Krieg und Hyperinflation stürzten das Bildungsbürgertum in eine tiefe Krise. Die Massendemokratie der Linksparteien stellte das bildungsbürgerliche Exklusivitätsstreben in Frage. Von einer meritokratischen „Volksgemeinschaft“ erhoffte es sich die Rückkehr in seine privilegierte Spitzenposition.

* Die prekäre Lage des Kleinbürgertums zwischen den „gewaltigen Mühlsteinen von Großindustrie und Gewerkschaften“ (S. 345), die Erschütterung seiner ökonomischen Fundamente und politischen Überzeugungen nährten den Wunsch nach einer Beendigung der klassengesellschaftlichen Zerreißproben und werteten die Idee der „Volksgemeinschaft“ auf, versprach diese doch Integration und Sicherheit.

* Nicht einmal die Arbeiterklasse konnte sich der Faszination dieser Gegenideologie zum Marxismus entziehen. Dazu bedurfte es der Schockerfahrung der

Depression, welche Teile der Arbeiterschaft einer „gnadenlosen frühindustriellen Pauperisierungskrise“ (S. 345) aussetzte.

* Die Bauern sahen sich als Verlierer der Agrarkrise seit 1926/27 und wanderten ab 1930 in Scharen zu den Nationalsozialisten ab, kündigten diese doch eine autarkistische Planwirtschaft im Agrarbereich mit garantierten Festpreisen und Absatzmärkten sowie die Streichung der Schulden an, also einen geschützten Platz mit hohem Prestige („Blut-und-Boden“-Ideologie) in der „Volksgemeinschaft“.

* Der Adel stemmte sich nach dem Trauma von 1918 noch einmal verbissen gegen seinen Niedergang und unterstützte massiv Bestrebungen für eine autoritäre Wende.

* Das höhere Wirtschaftsbürgertum schließlich verharrte in entschiedener Republikfeindschaft. Die krude Agententheorie, wonach sich das „Großkapital“ zur Zerstörung der Republik und ihres Sozialsystems Hitlers als Handlager bediente, ist längst abgetan; an der tatkräftigen Mitwirkung dieser Kreise an der Realisierung einer autoritären Lösung besteht allerdings kein Zweifel.

Die autoritäre Wende

Das Zerbrechen der letzten großen Koalition unter dem SPD-Reichskanzler Müller im März 1930 bildete den Anfang vom Ende der parlamentarischen Republik. Zwischen den mächtigen Interessenverbänden der Großindustrie und der Großagrarier, der Reichswehr und den ultrakonservativen Kreisen um den Reichspräsidenten herrschte stillschweigendes Einvernehmen darüber, den Umbau der demokratisch-parlamentarischen Republik in ein autoritäres System voranzutreiben, die organisierte Arbeiterschaft vom politischen Entscheidungsprozess auszuschließen und den Sozialstaat abzubauen. Ab dem Übergang zu dem semi-autoritären Präsidialregime Brünings (März 1930 - Mai 1932) hatte „die nur notdürftig verschleierte Despotie der Trias von Reichskanzler, Reichspräsident und sachverständigen Bürokraten, welche die Notverordnungen schrieben, im Wesentlichen das Sagen“ (S. 514).

Brünings destruktive Politik bildete eine der maßgeblichen Voraussetzungen für die Machtübergabe an Hitler. Die Aufhebung der Reparationen besaß die höchste politische Priorität. Der Absturz in die Depression wurde durch die „bewusste Deflationspolitik des Reichskanzlers nachhaltig beschleunigt und vertieft“ (S. 518), so das vernichtende Urteil Wehlers über den wirtschaftspolitischen Kurs Brünings.³ An diesem Kurs hielt er selbst dann noch starrsinnig, ja geradezu besessen fest, als die katastrophalen Folgen – Massenelend und Flächenbrand der politischen Radikalisierung bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 – unmissverständlich erkennbar waren. Auch die verheerenden Konsequenzen der Deflationspolitik und der Depression konnten zum Beweis der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands dienen!

Zu Fall kam Brüning im Frühjahr 1932, weil er den Fehler beging, sich im Zusammenhang mit dem „Osthilfe“-Programm mit den ostelbischen Großagariern anzulegen. Damit endete die gemäßigte Phase des autoritären Präsidialregimes.

Auch das folgende „Kabinett der Barone“ des Ultrakonservativen v. Papen stützte sich auf jene Kräfte, welche die Wende zu einem autoritären Präsidialregime eingeleitet hatten. Er verstärkte den antiparlamentarischen Kurs und beschleunigte den Abriss der sozialstaatlichen Reste. Auf dem Tiefpunkt der Depression

wurde die Arbeitslosenunterstützung um 23% gekürzt. Am 20. 7. 1932 entmachtete v. Papen die preußische Regierung, eine Bastion der Sozialdemokraten, in einem Staatsstreich. Mit dem „Preußenschlag“ schaltete er den stärksten institutionellen Widersacher des autoritären Regimes aus. Die Linke verlor eine entscheidende Machtprobe. Unter derartigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen – in vielen Städten herrschte nahezu Bürgerkrieg –, gelang es den totalitären Flügelparteien bei den Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932, eine Blockademehrheit zu gewinnen; die Nationalsozialisten erreichten mit 37% das höchste Maß an Unterstützung bei freien Wahlen. Unmittelbar danach machte v. Papen das parlamentarische System endgültig zur Farce, als er den Reichstag sofort wieder auflöste.

Worauf beruhten die sensationellen Wahlerfolge der Nationalsozialisten zwischen 1930 und 1932 – abgesehen von jenen Faktoren, die bereits ausführlich dargelegt wurden: der Ausstrahlung des Hitler-Mythos und der Attraktivität ihres Ideenkonglomerats, insbesondere der Utopie der nationalen „Volksgemeinschaft“ in einem hegemonialen „Dritten Reich“? Wehler betont vier Aspekte:

1.) Die NSDAP zog aus der sozialen und ökonomischen Misere der Depression ungeheuren Nutzen. Nach dem Elend von vier Jahren Krieg und weiteren vier Jahren galoppierender Teuerung und politischer Dauerkrise folgten nur fünf Jahre der Konsolidierung, bevor die Wirtschaft erneut abstürzte: Das BIP fiel zwischen 1928 und 1932 um real 26,3%,⁴ die Reallöhne um 14%, die Arbeitslosigkeit stieg auf 5,3 Mio. bzw. 30% der Erwerbstätigen (S. 260). In dieser existenziellen Krise, die den Betroffenen jede sinnvolle biographische Perspektive zerstörte, „schlug die Stunde des Charismatikers“ (S. 571). Bereits bei den Reichstagswahlen vom September 1930 begann der Massenzustrom zur NSDAP, in der Folge brach die Hitler-Bewegung in ein soziokulturelles Milieu nach dem anderen ein.

2.) Die Nationalsozialisten vermittelten den Eindruck jugendlicher Dynamik, schienen den Aufbruch der Jungen gegen den verkrusteten Status quo zu verkörpern.

3.) Mit einschüchternder, oft tödlicher Gewaltausübung beherrschten die braunen Kampforganisationen die Straße.

4.) Positiv beurteilten die WählerInnen, dass sich die NSDAP mit ihrer „Volksgemeinschafts“-Utopie als nationale Sammelbewegung und Volkspartei präsentierte und im Gegensatz zu den „Altparteien“ nicht bloß ein einziges Milieu vertrat.

Das Ende der Weimarer Republik

Nach dem Tode v. Papens trat Schleicher, die bisherige graue Eminenz der Reichswehr, selbst auf die Bühne. Seine Kanzlerschaft währte allerdings nicht einmal zwei Monate, da das Projekt einer „Querfront“-Koalition innerhalb weniger Tage scheiterte: Hindenburg lehnte jede Form der Zusammenarbeit mit irgendeinem Teil der Linken ab. In diesem Machtvakuum Ende Dezember 1932 ergriffen die traditionellen Machteliten in der Kamarilla rund um den Reichspräsidenten die Initiative:

* Hindenburg, die Symbolfigur der Majorität gegen die demokratische Republik, der offen mit einer autoritären Lösung sympathisierte, kam in dieser entschei-

denden Phase eine Schlüsselrolle zu, lag doch die formelle Kompetenz zur Ernennung des Reichskanzlers bei ihm.

* Die Reichswehrspitze betrieb die Machtübergabe an eine Rechtsallianz, da sie nur unter einem autoritären Regime mit der Verwirklichung einer zügigen Ausrüstung und der Militarisierung der Gesellschaft rechnen konnte.

* Großagrарische und industrielle Interessenvertreter, die sich seit 1929 in einem Kreuzzug gegen die Republik befanden, erblickten die Chance zu einer fundamentalen Systemänderung, ihnen „schwebte ein autoritärer ‚neuer Staat‘ vor, der die Linke von jedweder Entscheidung ausschloss, die neoabsolutistische unternehmerische Alleinherrschaft gewährleistete und die sozialpolitische Privilegienakkumulation der Vorkriegszeit wiederherstellte“ (S. 583).

Als Schleicher Hindenburg, der persönlich in den „Osthilfe“-Skandal verwickelt war, nicht in dem Maße deckte, wie dies der Reichspräsident erwartete, wurde er fallen gelassen. Am 30. 1. 1933 übertrug Hindenburg Hitler die Amtsgewalt des Reichskanzlers.

So wie die Faschisten in Italien kamen auch die Nationalsozialisten in Deutschland nicht ohne die Hilfe einer Koalition von Steigbügelhaltern aus den traditionellen Eliten in Politik, Wirtschaft, Militär und Verwaltung an die Macht. Bereits im Sommer 1929 war Hitler von den Initiatoren des Referendums über den Young-Plan honorig gemacht worden, die Hugenberg-Presse wertete ihn nachhaltig auf. Gleiches geschah durch die Aufnahme der Nationalsozialisten in die antirepublikanische „Harzburger Front“ im Oktober 1931. Allein waren die Nationalsozialisten nicht mehrheitsfähig, wie ihre Stimmenverluste bei den Reichstagswahlen vom November 1932 demonstrierten. Die NSDAP hatte offensichtlich bereits ihr gesamtes Wählerpotenzial ausgeschöpft und zeigte erste Verschleißerscheinungen. „Hitler brauchte die Macht, und die alten Eliten brauchten eine Massenbasis. Beide Seiten hatten sich nicht gesucht, aber endlich gefunden.“⁴⁵ Die Auslieferung der Staatsmacht an Hitler war also nicht das Ergebnis einer „Machtergreifung“, sondern der Allianz zwischen der rechtstotalitären Massenbewegung und bürgerlich-konservativen Kräften.

Die traditionellen Machteliten beabsichtigten keine „nationale Revolution“, vielmehr „verkörperte das neue Kanzlerregime den Anlauf, verlorene soziopolitische Privilegien in der Gesellschaft und Politik wiederzugewinnen, den Kompromiss von 1918/19 einschließlich der pluralistischen Demokratie aufzukündigen, Rüstungsspielraum und verbesserte Chancen zur sozialen Militarisierung für die Streitkräfte zu gewinnen“ (S. 588). Am 30. 1. 1933 kulminierte also eine „Gegenrevolution“ gegen die parlamentarisch-demokratische Republik.

Die rechtskonservative Mehrheit um v. Papen und Hugenberg im Kabinett Hitler gab sich der Illusion hin, die regierungsunfähigen Nationalsozialisten zähmen zu können, während diese und ihr Massenanhang vor den Wagen des traditionellen Machtkartells gespannt wurden. Wie sich in den folgenden Monaten zeigen sollte, unterschätzte sie enorm den Machtwillen und die Kompromisslosigkeit Hitlers.

Deutschland war das einzige wirtschaftlich und kulturell hoch entwickelte westliche Land, das unter dem Druck der Depression die parlamentarische Demokratie durch eine rechtstotalitäre Diktatur ersetzte.

Die Ergebnisse der historischen Forschung aus mehr als zwanzig Jahren haben

Wehler dazu veranlasst, manche frühere Einschätzung zu revidieren. Vor allem ist sein Urteil über das Kaiserreich nun, im vierten Band, wesentlich positiver.

Zweifellos hat Wehler mit den vorliegenden vier Bänden eines der bedeutendsten Werke deutscher Geschichtsschreibung der letzten hundert Jahre geschaffen. Was besonders beeindruckt, sind die durchgehende und systematische Anwendung des Konzepts und der Methoden der Strukturgeschichte auf drei Jahrhunderte deutscher Geschichte einschließlich der umstrittensten Periode und die konsequente Historisierung des Nationalsozialismus.

Eine Ahnung von der Mühsal, die mit der Entstehung dieses imposanten Werkes verbunden gewesen sein muss, vermittelt ein Blick in den Anmerkungsapparat, der allein 150 Seiten umfasst. (Wie immer scheut der Autor nicht vor drastischen Urteilen – etwa „platte Apologetik“ – über einschlägige Literatur zurück.) Ein Personen- und ein Sachregister erhöhen den Wert des Bandes als Nachschlagewerk.

Wehler ist durchwegs bemüht, Zusammenhänge und Strukturen zu erklären und Ereignisse zu interpretieren, zielt darauf ab, den LeserInnen klare Antworten – soweit vorhanden – zu bieten, und dies in kühl-sachlicher, unaufgeregter Sprache. Niemand, der die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstehen will, sollte dieses Buch vernachlässigen.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Die zweite Revolutionsphase begann mit dem Spartakistenaufrüstung in Berlin im Jänner 1919 und endete mit der blutigen Zerschlagung der Zweiten Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919. In diesen Zeitraum fielen ferner u. a. die großen Ruhrstreiks (Jänner-April), die Massenstreikbewegung in Sachsen, Thüringen und Anhalt (Februar-März), der Generalstreik in Berlin (Anfang März) und die Erste Münchner Räterepublik (März-April). Überall bäumten sich Arbeiter gegen die Machtverhältnisse auf, deren grundlegende Veränderung sie seit dem Revolutionsbeginn erhofft hatten. Die blutige Niederschlagung dieser Protestbewegungen bewirkte einen folgenschweren Radikalisierungsschub in der Industriearbeiterschaft. Nach einem relativ ruhigen Interludium setzte die dritte revolutionäre Phase ein (März-April 1920). An ihrem Beginn standen Putschversuche der autoritären Rechten: Während in Berlin der Generalstreik der Gewerkschaften den Kapp-Putsch rasch zusammenbrechen ließ, stürzten in München rechtskonservativ-nationalistische Kräfte die bayerische SPD-Regierung. Es folgte im größten Industrie- und Bergbaurevier ein Aufstand der enttäuschten und ob der Konsequenzen des Kapp-Putsches empörten Linken, der sog. „Ruhrkrieg“, die „größte proletarische Erhebung der deutschen Geschichte“, an Wucht und Entschlossenheit der November-Revolution überlegen. Auch dieser Aufstand endete mit blutiger Repression – Freikorps, die vor kurzem noch am Kapp-Putsch teilgenommen hatten, waren daran beteiligt! In der nachrevolutionären Phase, die vom März 1921 bis zum November 1923 währte, erfolgten Putschversuche von Linksradikalen (kommunistische „März-Aktion“ von 1921 in Sachsen; KP-Aufstand in Hamburg (Oktober 1923); „Reichsexekution“ gegen Sachsen (Oktober 1923)) und Rechtsradikalen (Hitler-Ludendorff-Putsch in München 8./9. 11. 1923).
- ² Peukert, Detlev J. K., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne (Frankfurt 1987) 207.
- ³ Die von einer kruden Neoklassik getragene „Borchardt-These“ widerlegt Wehler überzeugend. In wirtschaftshistorischen Fachkreisen gilt sie überwiegend als abgetan. Dies

hielt einen der aktivsten Trommler der neoliberalen Wende in Deutschland, Hans-Werner Sinn, nicht davon ab, sich jüngst zu folgender Aussage zu versteigen: „Immerhin hat die Brüning'sche Politik die Löhne gedrückt und Deutschland damals wieder wettbewerbsfähig gemacht, wie der Wirtschaftshistoriker Knut Borchert (sic!) herausgefunden hat. Das war das Rezept für den Aufschwung.“ In: Die Zeit (13. 5. 2004).

⁴ Das Pro-Kopf-BIP lag damit real wieder ungefähr auf dem Niveau der Jahrhundertwende: Ambrosius, Gerd, Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914-1945), in: North, Michael (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick (München 2000) 316.

⁵ Peukert (1987) 259.